18 K 71/23

Amtsgericht Aachen

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

Donnerstag, 21.01.2027, 11:00 Uhr,
3. Etage, Sitzungssaal A 3.017, Adalbertsteinweg 92, 52070 Aachen

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Kohlscheid, Blatt 297,
BV lfd. Nr. 6
Gemarkung Kohlscheid, Flur 14, Flurstück 1053, Hof- und Gebäudefläche, Pannesheider Straße 110, Größe: 421 m²

versteigert werden.

Einfamilienhaus, freistehend, eingeschossig, teilunterkellert, Dachgeschoss nicht ausgebaut u. nicht zugänglich, Keller in Massivbauweise mit außenliegendem Zugang, Wohnhaus in Fertigbauweise aus Stahlblechelementen, nicht genehmigte PKW-Garge sowie daran angebaute nicht genehmigte Nebengebäude als Waschküche u. Abstellräume in Massivbauweise, Wohnfläche ca. 34 qm, Nutzfläche in Nebengebäuden ca. 49 qm,

Gebäudebestand nach Ablauf der Restnutzungsdauer abbruchbedürftig; aufgrund bergbaulicher Gegebenheiten nach Abbruch des Gebäudebestandes keine wirtschaftliche Neubebauung mit einem Wohnhaus mehr möglich;

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 05.12.2023 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

26.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.